

# Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Landtag Nordrhein-Westfalen • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

openpetition gGmbH  
Herrn  
Jörg Mitzlaff  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin

Auskunft erteilt: Herr Maßmann  
Telefon: (0211) 884 - 2485  
Fax: (0211) 884 - 3004  
E-Mail: petitionsausschuss@landtag.nrw.de  
Geschäftszeichen: I.A.4/17-P-2022-28110-00  
Düsseldorf, 19.07.2022

Ihre Eingabe vom 23.02.2022, eingegangen am 23.02.2022, für

Kristian Katzmarek aus ,

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

der Petitionsausschuss hat Ihr Vorbringen in seiner Sitzung vom 12.07.2022 beraten. Ich gebe Ihnen hiermit aus dem Sitzungsprotokoll den gefassten Beschluss zur Kenntnis:

Der Petitionsausschuss hat die Eingabe des Petenten geprüft und sich über die zugrunde liegende Sach- und Rechtslage informiert.

Dem Begehren des Petenten, das Lehramtsfach Sozialwissenschaften zu erhalten, kann nicht entsprochen werden. Veränderte schulische Bedarfe durch überarbeitete Kernlehrpläne in der Sekundarstufe I bedingen Änderungen der auf diese Bedarfe ausgerichteten Lehrerausbildung. Entsprechend muss sich diese notwendig gewordene Anpassung auch in der Lehramtszugangsverordnung (LZV) widerspiegeln. Das bisherige Lehramtsfach hat eine Neuprofilierung erhalten, ohne einen der drei Teilbereiche „abzuschaffen“. Die integrative Zusammensetzung des Lehramtsfachs bleibt erhalten.

Die weitergehenden Annahmen und Befürchtungen des Petenten haben keine Grundlage: Ausgebildete und noch angehende Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung für das Fach Sozialwissenschaften erfüllen alle nötigen Voraussetzungen, um die neuen schulischen Fächer zu unterrichten. Sie müssen keine neue oder zusätzliche Lehrbefähigung erwerben. Die Teilnahme an einer Fortbildung zur Aneignung neuer Anforderungen stellt für diese Lehrkräfte ein zusätzliches und freiwilliges Angebot dar.

Der Petent erhält eine Kopie der Stellungnahme des Ministeriums für Schule und Bildung vom 25.05.2022 zur weiteren Information.

Sollte die Bearbeitung Ihrer Petition länger gedauert haben, bitte ich um Verständnis. Bei der großen Zahl von Bitten und Beschwerden ließ sich die Verzögerung leider nicht vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Zinke



Ministerium für Schule und Bildung NRW, 40190 Düsseldorf

25. Mai 2022  
Seite 1 von 4

An den  
Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Aktenzeichen:  
421 - 01.11.03 - 000006  
bei Antwort bitte angeben

**Petition vom 23. Februar 2022, eingegangen am 23. Februar 2022,  
von openPetition, Jörg Mitzlaff aus 10405 Berlin, Greifswalder Str.**

**4**

**Geschäftszeichen I.A.4/17-P-2022-28110-00**

**„Das Fach Sozialwissenschaften darf nicht abgeschafft werden!  
Bildung, Perspektiven & Jobs in Gefahr!“**

Ihr Schreiben vom 8. März 2022

Zu der am 23. Februar 2022 eingegangenen Petition „Das Fach Sozialwissenschaften darf nicht abgeschafft werden! Bildung, Perspektiven & Jobs in Gefahr!“ unter der Petitionsnummer 17-P-2022-28110-00 nehme ich wie folgt Stellung:

**I. Petitum**

Der Petent hat sein Anliegen am 23. Februar 2022 über die Online-Plattform beim Petitionsausschusses des Landtags NRW eingereicht. Der Petent ist Geschäftsführer der openPetition gemeinnützige GmbH, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. openPetition ist eine offene Internetplattform für Online-Petitionen, die Menschen dabei begleitet, Petitionen zu starten, in die Öffentlichkeit zu tragen und zu übergeben. Somit agiert der Petent stellvertretend für die 1.121 Bürgerinnen und Bürger (Stand: 17.5.2022), die die Petition auf der o. g. Internetplattform unterstützt haben. Der Petent begehrt die Erhaltung des Fachs Sozialwissenschaften als Teil des Lehrplans in Nordrhein-Westfalen.

Anschrift:  
Völklinger Straße 4  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 5867-40  
Telefax 0211 5867-3220  
poststelle@msb.nrw.de  
www.schulministerium.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
S-Bahnen S 8, S 11, S 28  
(Völklinger Straße)  
Rheinbahn Linie 706, 707, 709  
(Stadttor bzw. Bilker Kirche)  
Rheinbahn Linie 723, 726  
(Bilker Kirche)

## II. Sachverhalt

Nach Ansicht des Petenten müsse im Zusammenhang mit der Erziehung zum mündigen Bürger sowie einer gelingenden politischen, soziologischen und ökonomischen Bildung das Fach Sozialwissenschaften als Teil des Lehrplans in Schulen und des Studienangebots an Hochschulen erhalten bleiben. Eine „Reduzierung“ auf die Fächerkombination Wirtschaft/Politik stelle eine Verschlechterung des Bildungsniveaus dar. Zur Verbesserung der politischen Bildung müsse den Sozialwissenschaften in der schulischen Laufbahn von Schülerinnen und Schülern eher eine größere Beachtung beigemessen werden.

Angehende Lehrkräfte mit dem Fach Sozialwissenschaften könnten ihre Ausbildung nicht mehr beenden. Bereits ausgebildete Lehrkräfte würde die Lehrbefähigung in Sozialwissenschaften entzogen und erst durch das Absolvieren einer einjährigen „Zertifikatsausbildung“ wieder erteilt, da sie für das neue Fach „Wirtschaft/Politik“ „unqualifiziert“ seien. Auch fachfremde Lehrkräfte könnten über eine „Zertifikatsfortbildung“ die Befähigung für das neue Fach „Wirtschaft/Politik“ erhalten. Dadurch erhöhe sich die Gefahr, dass die Bildung darunter leide und sich das Problem des Lehrkräftemangels verschlimmere, wenn angehende Lehrkräfte ihre Ausbildung in einem anderen Bundesland beenden oder die Ausbildung von vorne beginnen müssten. Ein Wechsel in ein anderes Bundesland könnte attraktiver als eine „angeordnete Fortbildungsmaßnahme“ sein. Auswirkungen habe dies nicht nur auf die sozialwissenschaftlichen Fächer, sondern auch auf andere Fächer der Lehramtsausbildung.

## III. Stellungnahme

Die Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen wird stets an den quantitativen und qualitativen Bedarfen der Schulen ausgerichtet. Für die Frage der Einführung bzw. Neuprofilierung eines Studiengangs kommt es daher zentral auf Entwicklungen im schulischen Unterrichtsangebot an. Die Einführung der neuen Kernlehrpläne für das Schulfach Wirtschaft-Politik hat an den Gymnasien zum Schuljahr 2019/20 und für die entsprechenden Fächer an allen anderen Schulformen der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2020/21 stattgefunden. Die veränderte schulische Fächerstruktur mit neuen Fachinhalten erforderte nachlaufend einen angepassten Zuschnitt des bisher für die Ausbildung dieses Bereichs eingerichteten Lehramtsfachs Sozialwissenschaften zu Wirtschaft-Politik (für das Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen) und Wirtschaft-Politik/Sozialwissenschaften (für das Lehramt

an Gymnasien und Gesamtschulen). Damit wird seit der Änderung der Lehramtszugangsverordnung (LZV) im Juni 2021 sichergestellt, dass künftige Lehrkräfte entsprechend den schulischen Anforderungen ausgebildet werden.

Im Bereich Schule wurde die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stärkung ökonomischer Bildung weitgehend durch eine erhöhte Anzahl an Unterrichtsstunden im Bereich der Fächer des Lernbereichs Gesellschaftslehre und damit nicht zu Lasten des bestehenden unterrichtlichen Angebots erreicht. Der integrative Zusammenhang der drei Teildisziplinen der Sozialwissenschaften wurde erhalten. Dieser Zusammenhang wurde auch bei der auf dieser Grundlage durch die Änderung der Lehramtszugangsverordnung in 2021 umgesetzten Neuprofilierung des Lehramtsfachs erhalten: Das für angehende Studentinnen und Studenten vorgesehene Lehramtsfach ist weiter ein integratives Fach, das neben wirtschaftlichen und politischen auch soziologische Anteile umfassen muss und damit die drei Teildisziplinen Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften und Soziologie berücksichtigt. Neben der ökonomischen Grundbildung hat die politische Bildung in den Schulen und im Unterricht weiterhin einen festen und hervorgehobenen Platz. Entsprechendes muss für das Lehramtsfach gelten.

Schulische Kernlehrpläne unterliegen generell Entwicklungen. Den sich daraus ergebenden Anforderungen können sich ausgebildete Lehrkräfte durch die Teilnahme an staatlichen Fort- und Weiterbildungsangeboten stellen. Für bereits ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer mit einer Ausbildung im Lehramtsfach Sozialwissenschaften gilt: Mit der Änderung der Lehramtszugangsverordnung behalten sie ihre Lehrbefähigung und müssen keine neue oder weitere Lehrbefähigung erwerben. Sie haben insbesondere alle nötigen Voraussetzungen, die schulischen Fächer Wirtschaft und Wirtschaft-Politik fachgerecht zu unterrichten. Neuen Anforderungen können sie sich – wie alle Lehrerinnen und Lehrer – durch die Teilnahme an Fortbildungen stellen, sind dazu aber nicht verpflichtet. Dagegen werden Zertifikatskurse zum Erwerb einer Unterrichtserlaubnis für das Schulfach Wirtschaft-Politik primär zur Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte zur Absicherung des Unterrichts eingerichtet.

Im Rahmen der bisherigen Ausbildung akkreditierte Studiengänge können bis auf Weiteres weiter angeboten werden. Die in den nächsten Jahren noch zu erwerbenden Abschlüsse behalten dabei ihre Gültigkeit; alle Berechtigungen, die in den kommenden Jahren von heutigen Studierenden des Fachs Sozialwissenschaften noch erworben werden, bleiben bestehen. Diese Studierenden können ihr Studium wie vor-

gesehen in Nordrhein-Westfalen beenden und die neuen schulischen Fächer – wie bereits ausgebildete Lehrkräfte – auch in Nordrhein-Westfalen unterrichten.